

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frankfurt (Oder)

**Programm zur Wahl der
Stadtverordnetenversammlung**

am 25.05.2014

**Frankfurt bewegt uns –
wir bewegen Frankfurt**

beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung am 26. März 2014



Inhaltsverzeichnis

Frankfurt bewegt uns – wir bewegen Frankfurt	3
Demokratie leben – BürgerInnengesellschaft entwickeln	5
Frankfurt (Oder) und Słubice – gemeinsam mehr erreichen	7
Umwelt- und Klimaschutz – nicht reden, handeln!	8
Tiere haben Rechte	9
Nachhaltige Stadtentwicklung für ein lebenswertes Frankfurt	11
Grüne Welle für Bus, Bahn und Rad.....	12
Anders wirtschaften	14
Vernünftig Haushalten – Verwaltung umbauen	16
Vielfältige Bildungslandschaft – in die Zukunft investieren	17
Gerechtes Frankfurt – eine Stadt für alle	19
Gleiche Chancen verwirklichen – Frauen fördern	20
Weltoffenes Frankfurt	21
Kulturelle Vielfalt sichern – Freiräume schaffen	22
Stadt und Universität verbinden	24
Unsere KandidatInnen.....	25

Frankfurt bewegt uns – wir bewegen Frankfurt

Mit frischen Ideen, innovativen Konzepten und einem zukunftsfähigen Programm wollen wir die Zukunft unserer Stadt mitgestalten – für ein ökologisches, gerechtes, modernes und weltoffenes Frankfurt (Oder). Die Prinzipien der Nachhaltigkeit sind Leitmotiv unserer Politik. Die Entwicklung einer offenen BürgerInnenengesellschaft ist unser Ziel. Mit unseren Ideen wollen wir Bewegung und neuen Schwung in die Stadtverordnetenversammlung bringen.

Wir halten Wort

In den letzten 6 Jahren haben wir in der Stadtverordnetenversammlung viele Impulse gesetzt und über Parteigrenzen hinweg die Zusammenarbeit gesucht. Mit nur einem Stadtverordneten haben wir uns zusammen mit der Bürgerinitiative Stadtentwicklung für eine Zusammenarbeit innerhalb der Fraktion die Linke entschieden. Diese Zusammenarbeit war geprägt von gegenseitigem Respekt und dem Ringen um die besten Ideen. Damit waren wir erfolgreich: Wir haben in der letzten Stadtverordnetenversammlung 24 Anträge gestellt, von denen 15 angenommen wurden. Ohne uns gäbe es heute kein städtisches Klimaschutzkonzept, keinen Radverkehrsbeauftragten und keine Kleistroute. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Stadt nicht mehr mit Billiglöhnen wirbt, über die Qualität des Schulessens neu diskutiert wird und ein Sponsoringbericht der Stadt und ihrer städtischen Gesellschaften für mehr Transparenz sorgt. Wir haben uns für BürgerInnenbeteiligung und Transparenz stark gemacht, den Kampf gegen die CO₂-Verpressung (CCS) in unserer Region in die Stadtverordnetenversammlung gebracht und wesentlich daran mitgewirkt, dass eine Kulturentwicklungsplanung beschlossen wurde, die eine Schließung von Einrichtungen verhinderte. Wir sind die Stimme der freien Kunst- und Kulturszene in der Stadtpolitik, haben die Stasi-Überprüfung der Stadtverordneten initiiert und uns für den Tierschutz eingesetzt. Mit 38 Anfragen in der Stadtverordnetenversammlung und den Ausschüssen haben wir die Themen der BürgerInnen aufgenommen und in die politische Debatte eingebracht.

Wir haben uns bewusst gegen die Mitarbeit im vom Oberbürgermeister initiierten Kooperationsrat entschieden. Unsere Befürchtungen, dass dieser Rat nicht nur undemokratisch ist und helfen soll, unbequeme Debatten von der Stadtverordnetenversammlung und der Öffentlichkeit fern zu halten, haben sich bewahrheitet. Gescheitert ist dieser Kooperationsrat an den inneren Widersprüchen der beteiligten Partei- und Fraktionsvorsitzenden sowie des Oberbürgermeisters. Wir werden uns in der neuen Stadtverordnetenversammlung für eine politische Kultur einsetzen, die an den Herausforderungen der Stadt orientiert ist, die Kontrolle der Verwaltung gewährleistet und Transparenz sichert.

Listenverbindung mit der Bürgerinitiative Stadtentwicklung

Wir treten zu dieser Wahl gemeinsam mit der Bürgerinitiative Stadtentwicklung an. Uns verbindet das gemeinsame Eintreten für eine nachhaltige, an den Menschen ausgerichtete Stadtentwicklung und unser Engagement für mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten der FrankfurterInnen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung haben wir schon erfolgreich und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Diese gute Zusammenarbeit wollen wir in den nächsten 5 Jahren fortsetzen. Damit wollen wir auch ein Zeichen setzen, dass eine erfolgreiche Zusammenarbeit auch über Parteigrenzen hinweg möglich ist, wenn sie an Inhalten und den Bedürfnissen der FrankfurterInnen orientiert ist.

Ökologisch, gerecht, modern und weltoffen

Auch die nächsten Jahre werden für Frankfurt (Oder) nicht einfach werden. Die schwierige finanzielle Situation der Stadt erhöht den Druck, genau hinzuschauen, wofür Geld ausgegeben werden kann. Wir werden deshalb nicht das Blaue vom Himmel versprechen, sondern stellen uns der Herausforderung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streiten nicht nur für eine nachhaltige Haushaltspolitik, sondern auch für ein gezieltes Entschuldungsmanagement durch das Land, steuerliche Änderungen beim Bund und eine bessere Beteiligung des Bundes bei Sozialausgaben sowie einen solidarischen Ausgleich zwischen den Gemeinden. Gerade hier in unserer Stadt haben wir gesehen, wie die erneuerbaren Energien Arbeitsplätze schaffen können. Wir mussten aber auch zusehen, wie politische Entscheidungen dieser jungen und empfindlichen Branche leicht schweren Schaden zufügen können. Die Energiewende beinhaltet für die Kommunen auch weiterhin viele Chancen. Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung sind Zukunftsthemen, die auch für Frankfurt (Oder) viel Potenzial bedeuten, wenn die Weichen richtig gestellt sind. Wir setzen uns ein für zukunftsfähige Arbeitsplätze und für mehr und besseren Klimaschutz vor Ort.

Das weitere Zusammenwachsen Frankfurts mit seiner Schwesterstadt Słubice sowie ihres regionalen Umfelds ist übergreifendes Ziel unserer Politik. Denn das Potenzial, das wir haben, können wir nur dann optimal ausnutzen, wenn beide Städte intensiv zusammenarbeiten und auch mit den umliegenden Landkreisen auf beiden Seiten der Oder gut kooperieren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die in den letzten Jahren intensiver gewordene Zusammenarbeit mit Słubice weiter voranbringen und die daraus entstehenden Chancen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger beider Städte nutzen.

Wir wollen dafür Sorge tragen, dass politische Entscheidungen in Frankfurt (Oder) kinder- und familienfreundlich sind und dass der erschreckenden vielschichtigen Kinderarmut in unserer Stadt klug und nachhaltig begegnet wird. Vernetzte niedrigschwellige Familienbildung und -stärkung halten wir für die richtigen Ansätze. Bildung ist eine wichtige Investition in unsere Zukunft. Wir setzen uns dafür ein, dass neben den Sanierungsanstrengungen in unseren Kitas und Schulen die Qualität von Bildung und Betreuung in Frankfurt (Oder) wieder mehr in den Mittelpunkt der Diskussion rückt.

Der demografische Wandel stellt uns auch weiterhin vor wichtige Entscheidungen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen diesen Prozess als politische Herausforderung, die Stadt nachhaltig weiter zu entwickeln. Ein lebendiges Stadtzentrum mit überregionaler Ausstrahlungskraft aber auch lebenswerte Stadtteile und Dörfer mit bezahlbaren Wohnungen bieten Perspektiven für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung, die Frankfurt (Oder) lebenswert und attraktiv machen.

Durch gelebte Demokratie können sich Bürgerinnen und Bürger erfolgreich an der Gestaltung ihrer Gemeinde beteiligen. Wir setzen uns dafür ein, die FrankfurterInnen verstärkt in Planungsprozesse einzubeziehen und an Entscheidungen zu beteiligen. Wir treten konsequent gegen alle Formen der Benachteiligung aufgrund von Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität oder Behinderung ein und engagieren uns aktiv gegen Rechtsradikalismus. Rechtsextreme Ideologien dürfen in Frankfurt keine Chance haben. Eine Kooperation mit der AfD oder anderen rechtspopulistischen Gruppen lehnen wir ab.

Frankfurt (Oder) steht also vor großen Herausforderungen. In diesem Programm finden Sie die Ziele und Leitbilder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die politische Gestaltung der Stadt in den kommenden Jahren. Um diese Politik umzusetzen, wollen wir mit einer starken Gruppe von Stadtverordneten in die nächste Stadtverordnetenversammlung einziehen. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung:

Für ein zukunftsfähiges, weltoffenes und bürgerInnenfreundliches Frankfurt (Oder)!

Demokratie leben – BürgerInnengesellschaft entwickeln

Die Politik in Frankfurt (Oder) leidet unter einem großen Vertrauensverlust der BürgerInnen in die Verwaltungsspitze und die politischen AkteurInnen. Grund dafür sind Intransparenz, eine mangelnde Fähigkeit zu offenen Diskussionen und oftmals wenig nachvollziehbare Entscheidungswege. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Politik, die die BürgerInnen beteiligt und an der Entscheidungsfindung deutlich stärker teilhaben lässt. Wir lehnen undemokratische Kungelrunden und Hinterzimmerpolitik ab und haben uns deshalb auch als einzige Partei nicht an der Kooperationsvereinbarung zwischen Oberbürgermeister sowie den Parteien und Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung beteiligt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine effiziente Verwaltung mit transparenten Entscheidungen. Nachvollziehbare Entscheidungen beugen Filz und Korruption vor. Wir wollen durch frühzeitige Information, Beteiligung bei Planungen, Befragungen und Versammlungen die BürgerInnengesellschaft mit Leben erfüllen und eine lebendige und demokratische Kommunalpolitik ermöglichen. Wir werden uns für eine *Satzung zur BürgerInnenbeteiligung* einsetzen, die das Frage-, Auskunfts- und Rederecht der FrankfurterInnen in der Stadtverordnetenversammlung und in den Ausschüssen stärkt und die bessere Einbeziehung der Beiräte in die Stadtpolitik fördert.

Ortsbeiräte und Stadtteilkonferenzen sind unverzichtbar für bürgerInnennahe Lösungen von Problemen vor Ort. Damit dies gelingt, muss neben ihrer besseren Beteiligung an städtischen Entscheidungsprozessen auch eine ausreichende und verlässliche Finanzierung für ihre Arbeit sichergestellt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen zudem besonders *Kinder und Jugendliche besser an den für sie relevanten Entscheidungen beteiligen* und in die politische und gesellschaftliche Willensbildung einbeziehen. Dabei denken wir an die Etablierung eines Kinder- und Jugendparlamentes, die Schaffung konkreter AnsprechpartnerInnen in der Verwaltung und Möglichkeiten eines auf Kinder und Jugendliche zugeschnittenen Beschwerde- und Widerspruchssystem. Hierbei wollen wir SchülervertreterInnen, Studierendenvertretung, Jugendklubs, Jugendabteilungen von Verbänden, Vereinen und Parteien aktiv beteiligen.

Das Internet stellt auch für Kommunen ein wichtiges Instrument dar, Transparenz zu erzeugen, die BürgerInnen stärker zu beteiligen und alltägliche Bürokratie abzubauen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich in den letzten Jahren erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Möglichkeiten des Internets stärker für eine bürgerInnenfreundliche Kommune genutzt werden. Was die Gestaltung und Benutzungsfreundlichkeit der Homepage der Stadt angeht, gibt es jedoch nach wie vor großen Verbesserungsbedarf. Wir wollen die Chancen des Internets nutzen, um Mitbestimmungsmöglichkeiten und die Transparenz politischer Prozesse zu verbessern. Die Plattform Elocal ist dafür ein Ansatzpunkt. Darüber hinaus fordern wir, dass Petitionen der FrankfurterInnen auch über das Internet eingereicht und diskutiert werden können. Menschen, die diese technischen Möglichkeiten nicht wahrnehmen können oder wollen, dürfen von den Informations- und Servicestrukturen allerdings nicht abgekoppelt werden.

Stadtplanung und Stadtentwicklung gelangen an die Grenzen ihrer Möglichkeiten, wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend daran beteiligt werden. Das gilt auch für die Intensivierung und weitere Verbesserung der Zusammenarbeit mit Słubice. Fragen wie die eines gemeinsamen Nahverkehrs oder gemeinsamer Stadtentwicklungsplanungen müssen in Zukunft gemeinsam diskutiert und entschieden werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten Instrumente wie BürgerInnenbefragungen,

Planungswerkstätten oder städtebauliche Wettbewerbe für geeignet, um direkte Demokratie und die Akzeptanz von Entscheidungen zu fördern. Die Stadt sollte diese Prozesse durch die Bereitstellung geeigneter Förderungen unterstützen. Zum Beispiel wollen wir uns dafür einsetzen, dass *BürgerInnen die Möglichkeit bekommen, kommunale Grün- und Brachflächen zu gestalten.*

Die Aufstellung des Haushaltes der Stadt ist die höchste und wichtigste Aufgabe der Stadtverordneten. Im Haushalt wird entschieden, wofür das Geld der Bürgerinnen und Bürger ausgegeben wird. Aber gerade für die BürgerInnen und wohl auch für manche, die darüber entscheiden, ist der Haushalt nicht verständlich. Unser Ziel ist es, *die Haushaltsaufstellung nachvollziehbarer und transparenter zu machen* und auch die BürgerInnen in Frankfurt (Oder) an den Entscheidungen über die Stadtfinanzen nach dem Modell eines BürgerInnenhaushalts zu beteiligen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in der letzten Legislaturperiode die Initiative ergriffen, dass nach vielen Jahren wieder eine *Überprüfung der Stadtverordneten auf eine Mitarbeit bei der Staatssicherheit der DDR* beschlossen und – wenn auch ziemlich spät – umgesetzt wurde. Die BürgerInnen haben ein Recht auf diese Information. Darin bestätigen uns auch die Ergebnisse der Enquetekommission des Landtags zur Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur. Deshalb werden wir in der neuen Stadtverordnetenversammlung wieder einen Antrag auf Stasi-Überprüfung der neu gewählten Stadtverordneten stellen.

Frankfurt (Oder) und Słubice – gemeinsam mehr erreichen

In diesem Jahr jährt sich der Beitritt Polens zur EU zum zehnten Mal. Auch durch die Öffnung des Schengen-Raums für Polen 2007 haben sich neue Chancen für die Regionen auf beiden Seiten der Oder ergeben. Diese wollen wir noch stärker als bisher für das Zusammenwachsen der Zwillingsstädte Frankfurt (Oder) und Słubice nutzen. Bei Themen wie Stadtentwicklung, Wohnen, Wirtschaftsförderung, Tourismusentwicklung, Bildungs- und Kulturangebot ebenso wie im Umweltschutz, Nahverkehr und bei der Infrastruktur erreichen wir optimale Ergebnisse nur durch eine bestmögliche Kooperation über die Oder hinweg.

Der gemeinsame Stadtraum Słubice-Frankfurt (Oder) muss bei allen Entscheidungen als Gesamtheit betrachtet werden. Dafür sind regelmäßige und tief greifende Kontakte zwischen beiden Städten unerlässlich. Vieles ist hier in den letzten Jahren schon erreicht worden, aber es gibt auch noch Defizite.

Durch die Schaffung des Frankfurt-Słubicer Kooperationszentrums wurde die Zusammenarbeit der Verwaltungen auf eine neue Ebene gehoben. Die beiden Städte brauchen auch in Zukunft eine gemeinsame Struktur, die diese Zusammenarbeit ermöglicht, ohne Parallelstrukturen aufzubauen. Eine solche Institution muss auch offen für die BürgerInnen beider Städte sein, ihre Ideen aufgreifen und bei der Umsetzung zivilgesellschaftlicher Projekte unterstützen. Zusätzlich muss die Zusammenarbeit auf Fachebene in beiden Verwaltungen ausgebaut werden – etwa durch die regelmäßige gegenseitige Teilnahme an Arbeitsbesprechungen.

Außerdem werden wir anregen, Möglichkeiten der gemeinsamen BürgerInnenbeteiligung zu erproben. Wir setzen uns für die Umsetzung und kontinuierliche Weiterentwicklung des Frankfurt-Słubicer Handlungsplans 2010-2020 ein und wollen Formate wie die Zukunftskonferenz von 2008 wieder aufzugreifen. Nach einem vielversprechenden Start des Prozesses muss dieser nun wieder mit Leben gefüllt und für BürgerInnen transparent gestaltet werden. Die Ziele der Zukunftskonferenz sollen nicht nur in den Verwaltungen umgesetzt werden, sondern wieder stärker durch aktive Beteiligungsmöglichkeiten von BürgerInnen bereichert werden.

Hierfür schlagen wir die Gründung eines gemeinsamen polnisch-deutschen Gestaltungsbeirates vor, in dem Bürgerinnen und Bürger aus beiden Städten die Initiative ergreifen können, um das Zusammenwachsen beider Städte voran zu bringen und die Verantwortlichen in beiden Städten zu beraten.

Für ein intensiveres Zusammenwachsen brauchen beide Städte mehr BürgerInnen, die die jeweilige Nachbarsprache sprechen. Die Sprache ist ein Schlüssel zum Erfolg für viele Projekte und für einen gleichberechtigten Alltag. Dabei helfen oft schon einfache Grundkenntnisse erstaunlich weit. Wir setzen uns insbesondere auch auf Landesebene dafür ein, dass Polnischunterricht in Frankfurt ausgeweitet und möglichst vielen SchülerInnen als Wahlmöglichkeit angeboten werden kann. Wir wollen Eltern und SchülerInnen mit ansprechenden Kampagnen noch besser über die Vorteile von Polnischkenntnissen – sei es für den Beruf oder die Freizeit – informieren.

Auch im Kultur- und Bildungsbereich wollen wir eine intensivere Zusammenarbeit erreichen und Angebote stärker für die jeweilige Nachbarstadt nutzbar machen, mehrsprachig gestalten und besser kommunizieren. Grenzüberschreitende Herausforderungen im Umweltschutz und bei der Entwicklung gemeinsamer städtischer Infrastruktur müssen systematisch angegangen werden. Der Austausch zwischen beiden Städten muss auch durch eine zukunftsfähige Nahverkehrsverbindung gesichert sein, die wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nachdrücklich unterstützen.

Umwelt- und Klimaschutz – nicht reden, handeln!

Der Klimawandel bedroht weltweit die Lebensgrundlagen der Menschen. Immer konkretere Auswirkungen wie Stürme und Hochwasser, Hitze und Dürre werden auch bei uns spürbar. Beunruhigt sehen wir, wie wenig für die Vermeidung dieser Katastrophe getan wird. Schon immer stand die Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter dem Leitsatz „Global denken - lokal handeln“!

Zur Verminderung des CO₂-Ausstoßes kann auf lokaler Ebene viel beigetragen werden. Wir setzen uns für den schonenden und sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen ein, insbesondere mit Energie. Auf energetische Belange können die Stadtverantwortlichen bei jedem öffentlichen Neubau und jeder Renovierung achten. Langfristig sparen wir alle damit Kosten. Auf unsere Initiative wurde ein städtisches Klimaschutzkonzept erarbeitet und 2012 beschlossen. Seit diesem Jahr arbeitet ein Klimaschutzmanager in der Stadtverwaltung. Wir werden die Umsetzung des Konzepts intensiv begleiten und einfordern und uns für die Integration der Klimaschutzbelange in alle Fachplanungen einsetzen. Wir wollen außerdem, dass der Umweltausschuss in Zukunft auch ein Klimaschutzausschuss wird.

Jede Pflanze zählt beim Klimaschutz: Wandflächen- und Dachbegrünungen können zum bevorzugten Bestandteil von Gestaltungs-, Sanierungs- oder Bebauungskonzepten werden. Bäume sind wichtig für das Stadtklima und die Luftreinhaltung, denn sie reduzieren unter anderem auch die Feinstaubbelastung und dienen dem Lärmschutz. In den letzten Jahren sind in unseren Parks und Grünanlagen und an den Straßen aus Gründen der Verkehrssicherheit wieder sehr viele alte, große Bäume gefällt worden. Die stattdessen gepflanzten jungen Bäume können noch kein Ersatz für die Umweltleistung der gefällten Bäume sein. Wir setzen uns für ausreichende Ersatzpflanzungen und eine gute Baumpflege ein, um Fällungen zukünftig auf ein Minimum reduzieren zu können. Wertvolle alte Bäume wollen wir als Naturdenkmäler unter Schutz stellen.

Die Oder ist die Namensgeberin und die Seele unserer Stadt. Sie muss weiter konsequent geschützt werden. Deshalb wollen wir darauf hinwirken, dass sich die Stadt dort, wo sie kann, gegen den Ausbau oder die Begradigung der Oder einsetzt und eine an den Fluss angepasste Entwicklung unterstützt.

Mit Sorge sehen wir die Sulfatbelastung unseres Trinkwassers, unseres wertvollsten Lebensmittels, das u.a. aus der Spree im Briesener Wasserwerk gewonnen wird. Genauso wie die Verockerung der Spree („braune Spree“) ist dies eine direkte Folge alter und neuer Tagebaue in der Lausitz. Neue Tagebaue halten wir ohnehin für unverantwortlich gegenüber dem Klimaschutz und den BürgerInnen. Wir setzen uns aber auch für einen möglichst schnellen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und den Umstieg auf erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz ein. Dies dient dem Klimaschutz und senkt langfristig die Sulfatbelastung unseres Trinkwassers. Sollte die Belastung weiter steigen oder daraus resultierende technisch aufwendige Maßnahmen zur Einhaltung der Grenzwerte nötig werden, darf dies nicht durch die BürgerInnen über den Wasserpreis finanziert, sondern muss vom Verursacher, dem Betreiber der Tagebaue, getragen werden.

Auch die weltweit umstrittene Fördermethode Fracking, bei der ein giftiger Chemiecocktail in unsere Erde gepumpt wird, um Erdgas zu fördern sowie auch Erkundungsmaßnahmen dafür, lehnen wir strikt ab.

Um in Zukunft die Folgen der Erderwärmung, z.B. Hochwässer zu vermindern, drängen wir neben dem Ausbau und der Pflege der Deichanlagen weiter auf die Entsiegelung von Flächen und mehr Regenwasserrückhalt. Diese Maßnahmen senken den

Regenwasserabfluss und wirken so der Hochwasserbildung von Anfang an entgegen. Solche Aspekte müssen weiter bei Neuanlagen und Umbauten Berücksichtigung finden. Hochwasserentlastungsflächen dürfen bei zukünftigen Baumaßnahmen nicht reduziert werden.

Der dauerhafte Erhalt der Frankfurter Natur- und Landschaftsschutzgebiete zur Bewahrung der biologischen Vielfalt und die Verbesserung ihrer ökologischen Funktion liegen uns besonders am Herzen. Sie sind Lebensräume für zahlreiche auf europäischer Ebene geschützte Tiere und Pflanzen, besitzen einen hohen Erholungswert für die Frankfurterinnen und Frankfurter und haben eine große Bedeutung für den sanften Tourismus. Wir brauchen größere Anstrengungen bei der Pflege von Biotopen und der Anlage von Beschilderungen und Leitsystemen. Deshalb setzen wir uns für die Stärkung des Naturschutzes auf kommunaler Ebene ein. Ein kommunaler Biotopverbund muss auch Ziel der Stadtentwicklung und -planung sein. Potenzial besteht auch noch bei der Einwerbung und dem Einsatz von europäischen Fördermitteln.

Gentechnisch veränderte Lebensmittel und die Anpflanzung gentechnisch veränderter Organismen werden von einer großen Mehrheit der BürgerInnen abgelehnt. Wir wollen, dass die Stadt Frankfurt (Oder) dies respektiert und dafür sorgt, dass gentechnisch veränderte Pflanzen auf dem Frankfurter Stadtgebiet nicht angebaut werden. Insbesondere auf städtischen Flächen muss die Stadt dies durch geeignete Maßnahmen und Verträge sicherstellen. BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN setzen sich auf allen Ebenen für eine Agrarwende und eine Umstellung auf ökologische Landwirtschaft ein, die Gewähr dafür ist, dass Landschaft und Artenvielfalt erhalten bleiben.

Tiere haben Rechte

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN werden sich auch weiterhin für mehr Tierschutz einsetzen. Viele FrankfurterInnen halten ein Haustier in der eigenen Wohnung. Die Haltung von Exoten lehnen wir hierbei ab, denn für sie ist eine artgerechte Haltung selten möglich. Bei verschiedenen Belangen der Haltung von Hunden und Katzen gibt es dringenden Handlungsbedarf auf Seiten der Stadtverwaltung: Die zugesagten Hundeauslaufflächen in der Stadt dürfen nicht weiter reduziert, sondern müssen dringend zu attraktiven Plätzen ausgebaut werden, auf denen sich Menschen und Hunde begegnen und wohl fühlen können. Für die HundehalterInnen sollte es zur Selbstverständlichkeit werden, die Hinterlassenschaften ihrer Tiere zu beseitigen, wofür die Stadt ausreichend Abfallbehälter aufstellen muss.

Die Haltung von Katzen geschieht zwar meist im häuslichen Bereich. Sobald aber die Tiere zu Ausflügen in die Natur entlassen werden, tragen die HalterInnen die Verantwortung, dass ihre Katzen sich nicht unkontrolliert vermehren, die Jungen auf den Straßen zurückbleiben und die Population verwilderter Katzen vergrößern. Wir setzen uns dafür ein, dass jede Hauskatze, die in die Umwelt entlassen wird, kastriert werden muss und mit einem Microchip gekennzeichnet und registriert wird, damit es nicht zur weiteren Belastung der Stadt durch verwilderte Hauskatzen kommt („Paderborner Modell“).

In unserer Stadt leben auch Wildtiere und verwilderte Haustiere. Wir setzen uns für die konsequente Fortführung des Wildtiermanagements ein, um unnötiges Töten zu vermeiden. Bei frei lebenden Katzen und Tauben kann nur die konsequente Verhinderung von Nachkommen die Population niedrig halten. Hierbei muss die Stadt verstärkt mit

qualifizierten Fachleuten zusammen arbeiten und die erforderlichen Maßnahmen koordinieren.

Wir erkennen an, dass der Tierschutzverein für den Tierschutz in der Stadt eine wertvolle Arbeit leistet, die auch die Verwaltung entlastet und viele mögliche Probleme im Vorfeld verhindert. Wir unterstützen eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Verein und Stadtverwaltung in Belangen des Tierschutzes und beim Aufbau eines neuen Katzenhauses.

In vielen Gegenden Brandenburgs werden derzeit Ställe für Massentierhaltung errichtet oder bei den Behörden beantragt. Auch wenn die kommunalen Handlungsmöglichkeiten beschränkt sind, engagieren wir uns auch in unserer Stadt für eine Agrarwende, eine verantwortliche Tierhaltung und gegen Massentierhaltung, denn für uns sind diese Tiere lebendige Mitgeschöpfe und nicht einfach nur ein Produkt.

Nachhaltige Stadtentwicklung für ein lebenswertes Frankfurt

Eine ausgewogene Stadtstruktur, die den sozialen, ökonomischen, kulturellen und ökologischen Zusammenhalt der Stadt sichert und die BürgerInnen an der Planung und Gestaltung der Stadt beteiligt, ist Ziel unserer Politik. Wir fühlen uns einer nachhaltigen Stadtentwicklung verpflichtet, die an klaren Leitlinien orientiert ist und sich nicht beliebig nach kurzfristigen Interessen richtet.

Auch in den nächsten Jahren wird der *Stadtumbau* ein wichtiges Thema für die Stadtentwicklung sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen den Stadtumbau als umfassenden Prozess, der nicht auf technische und finanzielle Fragen des Abrisses reduziert werden darf. Deshalb werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Probleme, die durch die Umzugstätigkeit im Rahmen des Stadtumbaus entstehen, ausreichend berücksichtigt werden. Gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern in den am meisten vom Abriss betroffenen Gebieten (Neuberesinchen, Nord und Süd) und zusammen mit den Stadtteilkonferenzen muss weiterhin an einer lohnenswerten Perspektive für den langfristigen Bestand gearbeitet werden. Freizeit-, Spiel- und Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche in Wohnortnähe sind genau so wichtig wie die wohnortnahe Versorgung für ältere BürgerInnen in den Stadtteilen. Ein Angebot an *preisgünstigen Wohnungen* muss in allen Stadtteilen vorhanden sein. Prozesse der Entmischung von Quartieren wollen wir im Rahmen der Möglichkeiten, die der Stadt zur Verfügung stehen, aufhalten und hierfür die vorhandenen Mittel aus den Programmen von EU, Bund und Land zielgerichtet einsetzen.

Das Stadtzentrum, die ehemalige Altstadt, ist nicht nur Visitenkarte unserer Stadt und erstes Ziel von BesucherInnen, sondern auch immer mehr Mittelpunkt des städtischen Lebens. Dessen weitere Entwicklung ist für die gesamte Stadt von großer Bedeutung. Der Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Stadtzentrum gilt dabei unser besonderes Augenmerk. Die alten zentralen städtischen Bereiche rund um die Fußgängerzone Große Scharrnstraße, Messhof und Friedenskirche führen bisher ein Schattendasein. Diese Gebiete wollen wir zusammen mit den dort aktiven AkteurInnen und BewohnerInnen und im Zusammenhang mit einer Umgestaltung der Magistrale behutsam weiter entwickeln.

Wir wollen den Bereich rund um die Stadtbrücke zu einem der herausgehobenen Lage angemessenen innerstädtischen Standort entwickeln. Dabei müssen wir aber die Fehler vermeiden, die beim Bau des Kauflands in der Innenstadt gemacht wurden. Wir setzen bei bedeutsamen Planungen auf *städtebauliche Wettbewerbe*, bei denen nach besten planerischen Lösungen unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit gesucht wird.

Wir setzen uns dafür ein, das Stadtzentrum auch für GründerInnen und Dienstleistungen attraktiver zu machen und so zu beleben. Die vorhandenen Brachflächen im Stadtzentrum sollen entsprechend prioritär vor anderen Standorten entwickelt werden. Das Auslaufen des Mietvertrages für das Stadthaus wollen wir nutzen, um zu prüfen, ob die Stadtverwaltung im Stadtzentrum konzentriert werden kann, z.B. durch die Nutzung des ehemaligen Krankenhauses an der Heilbronner Straße. Weitere für die Stadtentwicklung zentrale Gebiete von gesamtstädtischer Bedeutung sind für uns die Gerstenberge Höfe in der nördlichen Innenstadt als Verbindung zwischen Stadtzentrum und Lebuser Vorstadt sowie der Bereich zwischen Rathaus und Oder.

Vorhandene Baudenkmäler müssen erhalten werden. Ganz besonders drängend ist die Sicherung des alten Kinos.

Die dörfliche Struktur der Ortsteile wollen wir bewahren und die Ortsteile behutsam weiter entwickeln.

Grüne Welle für Bus, Bahn und Rad

Mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben der öffentliche Nahverkehr, RadfahrerInnen und FußgängerInnen Vorfahrt. Wir wollen Mobilität fahrgast- und umweltfreundlich gestalten und Alternativen zum Auto attraktiver machen.

Stadtumbau, demografischer Wandel und das weitere Zusammenwachsen der Doppelstadt Frankfurt (Oder)–Stubice stellen auch neue Anforderungen an das städtische Straßenbahn- und Busnetz. Nach langer Planungsphase verbindet erstmals seit Ende 2012 eine Buslinie beide Oderseiten. Die Fahrgastzahlen übertreffen alle Prognosen. Wir wollen die Straßenbahn als Rückgrat des öffentlichen Personennahverkehrs erhalten. Deshalb soll auch die nachfragestarke Verbindung nach Stubice mittelfristig von der Straßenbahn bedient werden. Seit der ablehnenden BürgerInnenbefragung 2006 haben sich viele Rahmenbedingungen geändert. So ist Polen dem Schengen-Raum beigetreten, wodurch die Grenzkontrollen entfallen sind. Belastbare Gutachten bescheinigen dem grenzüberschreitenden Straßenbahnprojekt technische und wirtschaftliche Machbarkeit. Wir wollen deshalb dafür werben, dass dieses zukunftssichernde Projekt eine Mehrheit in der Bevölkerung findet und die von beiden Städten verkündete „Doppelstrategie“ (erst Bus, dann Tram) fortgeführt wird. Dabei sollen die Chancen der neuen EU-Förderperiode 2014-20 ebenso genutzt werden wie mögliche Synergieeffekte mit anderen grenzüberschreitenden Projekten, z.B. die Kopplung der Gleisverlegung mit der Errichtung der Fernheizleitung über die Stadtbrücke oder Maßnahmen des Hochwasserschutzes. Außerdem regen wir an, Bundes- und Landesmittel hierfür einzuwerben, was auch bei der deutsch-französischen Tramlinie zwischen Straßburg und Kehl erfolgreich praktiziert wurde.

Für das Oberzentrum Frankfurt (Oder) sind gute regionale Eisenbahnanbindungen lebenswichtig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass die Stadt beim Land Brandenburg, dem Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr, auf einen Bestandsschutz der gefährdeten Verbindungen nach Eberswalde und Beeskow drängt. Zur Erschließung der Fläche sind diese Strecken eine unverzichtbare Ergänzung der Haupttrouten in Richtung Berlin und Cottbus. Gänzlich ungenügend ist der Nahverkehr in Richtung Polen mit nur zwei Zugpaaren pro Tag. Hier setzen wir uns für einen dichteren Taktverkehr ein, um wirtschaftliche und touristische Entwicklungspotentiale zu erschließen. Dabei sollen die Aufgabenträger auch die Einführung einer einfacheren Tarifstruktur im kleinen Grenzverkehr prüfen. Zur Stärkung des Umweltverbundes sind ausreichende und barrierefreie Fahrradmitnahmemöglichkeiten in allen Zügen erforderlich.

Seit 1998 hat Frankfurt (Oder) ein ambitioniertes Radverkehrskonzept, das 2007 fortgeschrieben wurde. Der Grüne Radverkehrsantrag aus dem Jahre 2009 wurde mit großer Mehrheit von den Stadtverordneten angenommen. In der Folge wurde der Beigeordnete für Bauen und Kultur auch zum Radverkehrsbeauftragten ernannt. Trotzdem ist die Situation für RadfahrerInnen in Frankfurt (Oder) noch immer ungenügend. Vor Kurzem wurde das mit dem letzten Platz beim Fahrradklimatest 2012 in Brandenburg quittiert. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine spürbare Erhöhung des Radverkehrsanteils unverzichtbar, um die Ziele von Lärmaktionsplan, Luftreinhalteplan und Klimaschutzkonzept zu erreichen sowie die Sicherheit, Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung zu erhöhen. Wir setzen uns für die Schaffung von Schutzstreifen entlang der Radverkehrsrouten, die weitere Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung, die Ausweisung geeigneter Strecken als Fahrradstraße, eine fahrradfreundliche Gestaltung von Kreuzungen und sichere Abstellanlagen für Fahrräder ein. Von dem oder der Radverkehrsbeauftragten erwarten wir in diesen Fragen stärkere Akzente. Um die Mittel hierfür sicherzustellen, muss im Haushalt ein eigener Titel für Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs eingestellt werden.

Für höhere Lebensqualität in den Stadtteilen und mehr Sicherheit auf den Straßen wollen wir mehr Tempo-30-Zonen ausweisen und dort, wo es möglich und sinnvoll ist, Projekte verwirklichen, die schon in der Anlage von Straßen und Plätzen die Gleichberechtigung aller VerkehrsteilnehmerInnen gewährleisten („Shared Space“). In einer schrumpfenden Stadt darf auch die Neuaufteilung von Verkehrsflächen kein Tabu sein. Wir sind für die Prüfung einer Verringerung der Fahrspuren für den motorisierten Individualverkehr auf vierspurigen Straßen und die Schaffung von Kreisverkehren an geeigneten Knotenpunkten. Die Reduzierung der hohen Feinstaubemissionen in der Stadt, die eine hohe Gesundheitsgefahr insbesondere für Kinder darstellen, hat für uns hohe Priorität. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die zu einer nachhaltigen Verringerung dieser Emissionen beitragen.

Zur Reduzierung innerstädtischer Fahrten im motorisierten Individualverkehr fordern wir attraktive „Park&Ride“-Angebote mit Parkplätzen und Umsteigemöglichkeiten in den ÖPNV am Stadtrand, z.B. in Markendorf, Neuberesinchen und am Spitzkrug Multicenter. Autos sind längst keine Statussymbole mehr. Man muss keines besitzen, um hin und wieder eines zu benutzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für die Schaffung von Car-Sharing-Angeboten ein, z.B. als zusätzliches Geschäftsfeld der Stadtverkehrsgesellschaft. Auch Mietfahrrad-Angebote muss es in Frankfurt (Oder) geben.

Anders wirtschaften

Geringe Wirtschaftskraft und hohe Arbeitslosigkeit sind immer noch ein drückendes Problem, zu dessen Linderung Verwaltung, Politik, Gewerkschaften und ArbeitgeberInnen, die Arbeitsagentur und das Jobcenter, Bildungseinrichtungen und die Sparkasse an einem Strang ziehen müssen. Es gilt, die Stärken Frankfurts auszubauen, Fehlentwicklungen zu beheben und die wirtschaftliche Basis der Stadt zu verbessern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Frankfurt (Oder) zu einem *zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort entwickeln*. Eine gut ausgebaute Infrastruktur und eine effiziente öffentliche Verwaltung sind unabdingbare Grundlage für erfolgreiche Unternehmensansiedlungen und die Unterstützung der vorhandenen Unternehmen. Zusätzlich muss jedoch auch ein attraktives städtisches Umfeld geboten werden. Gerade Unternehmen mit einem Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften werden sich nicht in Regionen ansiedeln, die ihren MitarbeiterInnen nur eine geringe Lebensqualität bieten. Deshalb sind eine attraktive Stadtentwicklung, der Schutz der Umwelt und ein attraktives Kultur- und Bildungsangebot eine immer wichtigere Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Nur mit einem konsequenten und widerspruchsfreien grünen Leitbild der Wirtschafts- und Stadtentwicklung kann die Stadt ihre Möglichkeiten in den Zukunftsbereichen Kreativwirtschaft, deutsch-polnische Unternehmensgründungen, Tourismus und den erneuerbaren Energien nutzen. Diese müssen das Ziel der städtischen Wirtschaftsförderung werden. Hierfür muss die Verwaltung die Rahmenbedingungen schaffen.

Die Wirtschaftsförderpolitik der letzten Jahre, die vor allem auf industrielle GroßinvestorInnen gesetzt hat, welche mit (europäischen) Fördermitteln und Billiglöhnen geworben werden sollten, ist gescheitert. Wir wollen eine *grundlegende Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung und der Wirtschaftsförderungseinrichtungen*, die insbesondere den vorhandenen Bestand wieder stärker in den Blick nimmt, unterstützt und fördert. Wir setzen auf die Förderung regionaler Wertschöpfungsketten und Marktbeziehungen als Basis für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung.

Wir wollen *GründerInnen* und den Austausch zwischen regionaler Wirtschaft und Universität fördern und vor allem für GründerInnen aus dem Bereich der Kreativwirtschaft attraktive Angebote in der Innenstadt entwickeln. Dabei müssen wir verstärkt auch Frankfurt (Oder) und Słubice als Standort für deutsch-polnische Unternehmensgründungen in den Fokus rücken. Frankfurt (Oder) hat aufgrund seiner Lage und des besonderen Innovationspotenzials durch die Universität gute Ausgangsbedingungen, kleinere und mittlere innovative Unternehmen anzuziehen, die grenzüberschreitend tätig sind. Die Stadt kann hier durch Beratung und Information in Kooperation mit den Wirtschaftsverbänden und Bildungsträgern wertvolle Hilfe leisten und Anreize schaffen. Damit wird die Vernetzung zwischen den Regionen auf beiden Seiten der Oder gefördert. Dies kommt besonders dem Handwerk, den Dienstleistungsunternehmen und der Landwirtschaft in der Region zu Gute. Hier sehen wir ein großes, noch nicht ausgenutztes Potenzial.

Immer wichtiger für die Wertschöpfung und die Schaffung von Arbeitsplätzen wird auch der Tourismus. Unsere Zugpferde sind der Fahrrad-, Städte- und Kulturtourismus. Als Europäische Doppelstadt haben wir ein Alleinstellungsmerkmal, welches es auszubauen gilt. Dies muss sich auch im neuen Tourismuskonzept niederschlagen. Wir unterstützen alle *Initiativen und Maßnahmen, die den Ansprüchen eines sanften Tourismus entsprechen* und den Stadtraum auf beiden Seiten der Oder für BesucherInnen zu einem umweltfreundlichen Ziel in naturbelassener Landschaft aufwerten. Wir setzen uns dafür ein, dass in den nächsten Jahren insbesondere für den *Radtourismus* die Bedingungen

deutlich verbessert werden und das Angebot mit den wachsenden Anforderungen mithalten kann. Dazu gehört der Ausbau der Radverkehrsverbindungen und Serviceangeboten (Abstellmöglichkeiten, Fahrradboxen, „Bike & Ride“) in der Stadt und die Schaffung von Stromtankstellen für Elektrofahrräder. Darüber hinaus brauchen wir endlich so grundlegende Infrastruktur wie ein mehrsprachiges Tourismus-Leitsystem, öffentliche Schließfächer und Toiletten. Eine gute Entwicklungsmöglichkeit sehen wir auch in der Entwicklung Frankfurts als *Zentrum des Naturtourismus* in der gesamten Region und als Ausgangszentrum für Exkursionen und Bildungsreisen. Die Schaffung von Fährverbindungen über die Oder nördlich und südlich der Stadt sollte die Stadt in Kooperation mit den Nachbarorten unterstützen. Auch im *Wassertourismus* hat die Stadt Potenziale, die aber weit unter denen z.B. des Radtourismus liegen. Der weitere Ausbau der hierfür notwendigen Infrastruktur muss deshalb vor allem privat finanziert und betrieben werden.

Auch wenn die Solarindustrie nach dem Weggang von First Solar und der Pleite von Odersun die hohen Erwartungen nicht erfüllt hat, bietet die Energiewende mit der Umstellung auf erneuerbare Energien, der Stärkung der Energieeffizienz und der Energieeinsparung weiterhin große wirtschaftliche Chancen – vor allem auch für das Handwerk. Die Umstellung der Wirtschaft auf Energieeinsparung und Energieeffizienz wollen wir zusammen mit den Kammern und den Stadtwerken unterstützen und die vorhandenen Erfahrungen für einen Neuaufbau im Wirtschaftsbereich der erneuerbaren Energien nutzen.

Die Stadt kann ihre wirtschaftliche Basis mit einer verantwortungsvollen Politik zwar verbessern, aber auch dann befindet sich Frankfurt (Oder) wegen seiner Lage im Wettbewerbsnachteil gegenüber dem Berliner Umland und der Region um Potsdam. Um den weiteren Bevölkerungsverlust in den Randregionen und die damit verbundenen sozialen und gesamtwirtschaftlichen Kosten abzumildern, ist es deshalb sinnvoll, Frankfurts Rolle als Verwaltungs- und Universitätsstadt weiter zu stärken. Somit kann eine Aufgabenverteilung innerhalb Brandenburgs gewährleistet werden, die auch im Interesse des Landes als Ganzes ist.

Wir wollen Möglichkeiten für *lokale Beschäftigungsinitiativen und gemeinwohlorientierte Arbeiten* unterstützen, die die Menschen langfristig aus der Arbeitslosigkeit herausführen. Wir unterstützen Maßnahmen, die durch Teilzeitarbeit in der Verwaltung kostenneutral Beschäftigung sichern und zu mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten führen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei gleichem Qualitätsniveau kommunale Aufträge möglichst regionalen Betrieben zu Gute kommen. So wird Beschäftigung in der Region gesichert.

Vernünftig Haushalten – Verwaltung umbauen

Ähnlich wie viele andere Städte in berlinferneren Gebieten des Landes befindet sich Frankfurt (Oder) in einer finanziell schwierigen Situation. Seit Jahren gibt die Stadt mehr Geld aus als ihr zur Verfügung steht. Unternehmensschließungen, aber auch der Rückgang der Bevölkerung und die Alterung der Gesellschaft führen zu weiteren Einnahmeausfällen während die Ausgaben im Sozialbereich kontinuierlich steigen und weiter steigen werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für unverantwortlich, dass zukünftige Generationen die Rechnungen der heutigen Politik begleichen sollen. Deshalb werden wir konstruktiv daran mitwirken, die Verschuldung abzubauen und einen langfristig ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Natürlich gehört hierzu, bei Bund und Land eine faire sowie aufgaben- und bedarfsgerechte Aufteilung des Steueraufkommens einzufordern.

Wir müssen allerdings auch unseren Beitrag leisten und die Gesamtausgaben reduzieren. Dazu gehört die gesamte Verwaltung auf den Prüfstand. Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung der Verwaltung müssen zeitnah zu spürbaren Veränderungen in der Verwaltung führen. Auch Konsequenzen für die Struktur der Verwaltungsspitze müssen ergebnisoffen geprüft werden.

Außerdem muss die *Struktur der Eigenbetriebe und kommunalen Unternehmen* auf ihre Effizienz hin untersucht werden. Zusammenlegungen oder die Integration einzelner Einheiten in die Verwaltung sind in Betracht zu ziehen, wenn sich dadurch Aufgaben bei gleicher oder höherer Qualität kostengünstiger erledigen lassen. Den Verkauf von kommunalen Unternehmen, um kurzfristig Finanzlöcher zu stopfen, lehnen wir jedoch ab. Privatisierungen müssen am Ende immer die BürgerInnen mit höheren Preisen teuer bezahlen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Auffassung, dass der Oberbürgermeister als oberster Verwaltungschef der Stadtverwaltung und als Gesellschaftervertreter der Kommunalen Unternehmen darauf drängen muss, dass bei der Anschaffung, z.B. von Softwaresystemen (Zeiterfassungssysteme, Buchungssysteme etc.) Synergieeffekte erzielt werden. Nicht jedes kommunale Unternehmen braucht ein eigenes Zeiterfassungssystem.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Einführung von sozial-ethischen und ökologischen Vergabekriterien in der Stadtverwaltung zu prüfen. Wir fordern, dass die Stadtverwaltung bei der verwaltungsinternen Beschaffung von Speisen, Getränken und Blumen *ökologische, fair gehandelte und regionale Produkte* bevorzugt. Ein Blumenstrauß mit fair gehandelten Blumen ist nicht teurer – er wird lediglich etwas kleiner ausfallen.

In der landesweiten Diskussion über eine Verwaltungs- und Gebietsreform setzen wir auf die *Stärkung Frankfurts als Oberzentrum*. Eine solche Stärkung muss sich auch bei der Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel zeigen. Deshalb setzen wir uns auf Landesebene für ein *Programm zur Entschuldung hochverschuldeter Kommunen* ein. Eine Reform muss von den BürgerInnen her gedacht und umgesetzt werden und sicherstellen, dass gute kommunale Leistungen effizient, in guter Qualität und bürgerInnennah angeboten werden. Zur Stärkung der Effizienz und Effektivität des Verwaltungshandelns und zur Erschließung von Einsparpotenzialen wollen wir eine *engere Zusammenarbeit* bei der Erledigung von Verwaltungsaufgaben und bei weiteren kommunalen Handlungsfeldern mit den umliegenden Landkreisen, Ämtern und Gemeinden erreichen.

Vielfältige Bildungslandschaft – in die Zukunft investieren

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betrachten unsere Stadt als einen Schulstandort von herausragender Bedeutung auch für die umliegenden Landkreise.

Die Bildungslandschaft unserer Stadt ist jedoch durch Schließung und Zusammenlegung von Schulen mittlerweile sehr geschrumpft. Eltern und SchülerInnen steht im Oberstufenbereich keine ausreichende Auswahl an Schulprofilen mehr zur Verfügung und die Schulen erreichen immer wieder ihre Kapazitätsgrenzen. Es hat sich gezeigt, dass die Schließung von zwei Gymnasien (Friedrichsgymnasium und Otto-Brenner-Gymnasium) ein Fehler war. Gleiches gilt für die damalige Entscheidung gegen einen Grundschulstandort in oder nahe Neuberesinchen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher weiterhin für eine Grundschule an diesem Standort ein, um „kurze Wege für kurze Beine“ zu gewährleisten. Außerdem engagieren wir uns weiterhin für eine zusätzliche Oberschule, idealerweise in der Nähe eines vorhandenen Grundschulstandortes und einer vorhandenen Sportstätte. Wir halten eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe für eine sinnvolle Ergänzung der Frankfurter Bildungslandschaft. *Der mit viel Engagement aufgebaute Bildungscampus mit den beiden Oberstufenzentren muss baulich und inhaltlich wieder gestärkt werden.*

Um die Vielfalt unserer Bildungslandschaft zu erhalten und den Schulstandort Frankfurt (Oder) zu stärken, setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie bisher intensiv für einen verlässlichen und dauerhaften Sachkostenzuschuss der Stadt an die beiden Schulen in freier Trägerschaft ein. Beide Schulen haben aufgrund von Finanzierungsveränderungen seitens der rot-roten Landesregierung seit 2012 massive finanzielle Einschränkungen hinnehmen müssen. Der städtische Zuschuss stellt zwar eine sogenannte freiwillige Leistung der Stadt Frankfurt (Oder) dar, soll aber mindestens erhalten und wenn möglich ausgebaut werden. Eine eventuelle Schließung einer der beiden Schulen würde die Stadt Frankfurt (Oder) verpflichten, selbst wieder die entsprechenden Schulplätze zur Verfügung zu stellen, was mit wesentlich höheren Kosten verbunden wäre und die Wahlfreiheit der Eltern einschränken würde.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren eine mangelnde Strategie der Stadtverwaltung in der Sanierung der sozialen und Bildungseinrichtungen. Dies zeigt sich zum Beispiel, wenn nachträglich Akustikprobleme in sanierten Schulen und Sporthallen behoben werden müssen oder wenn Parkett repariert wird, aber das Dach weiterhin tropft, wie seit Jahren in der Erich-Kästner-Schule. Die Chance, mit Hilfe von Fördermitteln die konsequente energetische Sanierung dieser Einrichtungen umzusetzen und damit Haushaltseinsparungen zu erzielen, ist vertan. Der schrittweise Abbau des Investitions- und Sanierungsstaus und die energetische Sanierung der Schulen, Sportstätten und Kindergärten haben für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Priorität. Wir setzen uns für die regelmäßige, entsprechende Mittelbereitstellung im städtischen Haushalt ein. Des Weiteren halten wir eine HausmeisterInnenstelle für jede Schule, abhängig von deren Sanierungszustand, für sinnvoll, denn ihre Arbeit verringert den Instandhaltungsaufwand der Stadt.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Stadtverwaltung endlich sogenannte „fifty-fifty“ Projekte ermöglicht, in denen Bildungseinrichtungen an ihren eigenen Strom- bzw. Heizungskosteneinsparungen finanziell beteiligt werden.

Sanierungen in Bildungseinrichtungen sind immer anstrengend für Kinder, Eltern und Angestellte. Alle sollten daher so frühzeitig und umfassend wie möglich von der Stadtverwaltung in anstehende Sanierungsplanungen und -prozesse einbezogen werden. Dies stärkt die Zufriedenheit, Mitverantwortlichkeit und Identifikation und trägt auch zu

einer Verringerung von Schäden durch Vandalismus bei. Des Weiteren sollten engagierte Eltern und SchülerInnen bei der Gestaltung von Schulaußenanlagen seitens der Stadtverwaltung aktiv und vollumfänglich unterstützt werden. Insbesondere sollte die Suche nach Lösungen, wie alle rechtlichen Bedingungen eingehalten werden können, proaktiv von der Stadtverwaltung betrieben werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die gesellschaftlichen Bemühungen um Inklusion. Unsere Stadt braucht eine inklusive Gesamtstrategie, die aufzeigt, wie Inklusion in Kindergarten, Schule, Hort, Jugendförderung und Arbeitsmarkt umgesetzt werden kann.

Ein gesundes, vollwertiges, qualitätsvolles Schulessen ist uns Grünen wichtig. Wir halten prinzipiell schuleigene Küchen für den besten Weg, Kinder an regelmäßiges, gesundes Essen zu gewöhnen. Auch für die Mittelbereitstellung im Haushalt für die Gestaltung von ansprechenden Räumen für Pausen und Essensaufnahme setzen wir uns ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Qualität der Kindertagesstätten und Schulen wieder mehr in den Mittelpunkt der Diskussionen rücken. Gute Bildung und Betreuung beginnt für uns mit gut ausgebildetem Fachpersonal. Wir setzen uns daher für mehr Personalressourcen im Jugendamt ein, um die Praxisberatung und Qualitätsentwicklung in den Kitas begleiten zu können. Außerdem sollte das Jugendamt einen runden Tisch zur Ausbildungsqualität von ErzieherInnen in unserer Region initiieren und leiten, bei dem Kita-LeiterInnen und Verantwortliche für die ErzieherInnen-Ausbildung einbezogen sind.

Gute Bildung und Betreuung ist nur gemeinsam mit den Eltern möglich. Daher fordern wir Träger und Kollegien auf, Weiterbildungen in Elternarbeit und Freiwilligenmanagement anzubieten, und enge Erziehungspartnerschaften zwischen Einrichtungen und Familien anzustreben.

Angesichts des hohen Anteils von Kinderarmut in Frankfurt halten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Familienbildung und Familienförderung in den kommenden Jahren für eine der wichtigsten gesellschaftlichen und somit auch kommunalen Herausforderungen. Unsere Stadt hat einige gute niedrigschwellige Ansätze und Modelle entwickelt, um Familien zu helfen und zu begleiten: Der Babybesuchsdienst ist ein gutes Beispiel, aber auch die enge Kooperation zwischen Eltern-Kind-Zentren, Kitas und Familienhilfe. Wir setzen uns weiterhin für die dauerhafte, kommunale Förderung und mittelfristige finanzielle Aufstockung des Baby-Besuchsdienstes und der beiden bestehenden Eltern-Kind-Zentren ein, um Voraussetzungen für eine größtmögliche Kontinuität in der Arbeit und im Personal der Eltern-Kind-Zentren zu schaffen.

Auch das Mehrgenerationenhaus muss von Seiten der Stadt in seiner Arbeit gepflegt und unterstützt werden. Es ist ein unverzichtbarer Anlaufpunkt geworden, insbesondere für Menschen aus der Innenstadt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, dass das Quartiersmanagement nach Auslaufen des Programms „soziale Stadt“ erhalten bleibt. Es hat sich, wie die Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe insgesamt, bewährt. Auch die wichtige Arbeit von StreetworkerInnen in Frankfurt muss erhalten und perspektivisch ausgebaut werden.

Wir wollen die Kita-Träger und Schulkollegien unserer Stadt ermutigen, Begegnungen der Kinder mit unseren Nachbarn und deren Sprache zu fördern. Ob durch polnische Partnereinrichtungen, die Einstellung von polnischem Fachpersonal oder die Aufnahme von polnischen Kindern – es gibt viele Wege, unseren Kindern den frühen Kontakt zu unseren NachbarInnen zu ermöglichen. Das Staatliche Schulamt sollte hier die Verantwortung übernehmen und einen runden Tisch gründen, um die Polnisch-Angebote der Schulen, Kitas und Bildungsträgern der Region aufeinander abzustimmen und neue PartnerInnen zu finden. Nichts ist beim Lernen einer Sprache so entmutigend, wie

fehlende weitergehende Angebote, insbesondere bei einem Schulwechsel. Dies muss sich auch in der nächsten Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung wiederfinden.

Bedürftige Familien haben Anspruch auf Erstattung des Eigenanteils für den Erwerb von Schulbüchern und auf Ermäßigung bei der SchülerInnenbeförderung. Unsere Stadtverwaltung bietet niedrigschwellige Möglichkeiten an, dieses Recht in Anspruch zu nehmen. Wir wollen in den Schulen und Kitas verstärkt Aufklärungsarbeit leisten, um den Familien dabei zu helfen, Ihr Recht in Anspruch zu nehmen. Hierbei, aber auch bei der Bewältigung der Auswirkungen der Kinderarmut in Frankfurt (Oder) sind SchulsozialarbeiterInnen wichtige AkteurInnen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind angesichts der hohen Kindarmutsrate in unserer Stadt der Auffassung, dass an allen Schulen das Angebot von Schulsozialarbeit vorgehalten werden sollte. Wir setzen uns daher für eine mittelfristige Verstärkung der derzeitigen sieben Stellen von SchulsozialarbeiterInnen ein und einen Ausbau im Rahmen der Umsetzung der inklusiven Grundschulen.

Wir sehen aber auch die Notwendigkeit, die verschiedenen Angebote der Familienhilfe, der Jugendarbeit und der Sozialarbeit intensiv zu vernetzen bzw. deren Vernetzung noch zu qualifizieren.

Gerechtes Frankfurt – eine Stadt für alle

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für das Recht aller Menschen auf ein menschenwürdiges Leben. Dabei geht es uns vor allem darum, Teilhaberechte zu garantieren, und das Recht auf Wohnen, Bildung, Freizeit und Kultur sicherzustellen. Ein unabhängiges Beratungsnetz muss Hilfe bieten für Menschen, die in Armut oder in Notsituationen geraten. Der Kinderarmutsbericht hat im Jahr 2011 aufgezeigt, dass jedes dritte Frankfurter Kind unter 15 Jahren ganz oder teilweise von staatlichen Leistungen lebt. Auf die Kinder wird jedoch die teilweise zu beobachtende kulturelle, soziale und emotionale Armut nachhaltiger wirken als die relative finanzielle Armut der Familien. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern vom Oberbürgermeister, sich der Thematik anzunehmen und eine Gesamtstrategie zu entwickeln, dieser Herausforderung zu begegnen.

Der Anteil alter Menschen an der Bevölkerung Frankfurts wächst. Dies wird und muss sich auch in unserer Politik niederschlagen. Wir wollen, dass Menschen auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben führen können. Hierfür sind ausreichende Wohnungen in unterschiedlichen Wohnformen sicher zu stellen. Gerade auch für ältere Menschen hat der öffentliche Personennahverkehr eine große Bedeutung. Ihre Bedürfnisse bei Taktzeiten, Haltestellenausstattung und Linienführung sind zu berücksichtigen.

Außerdem muss sichergestellt werden, dass in den Stadtteilzentren eine Nahversorgung direkt vor Ort gewährleistet bleibt und in ein sinnvolles Gesamtkonzept der Entwicklung der Stadtteile eingebunden wird. Daher werden wir die Diskussionen um die Zukunft des Südring Centers und des HEP weiterhin aktiv begleiten und uns für eine ausgeglichene Einzelhandelsstruktur einsetzen.

Die Möglichkeiten zur Teilhabe von behinderten Menschen am öffentlichen Leben und die Rahmenbedingungen zur Bewältigung des täglichen Lebens müssen erheblich verbessert werden. Dafür brauchen wir Orientierungssysteme im öffentlichen Raum, die auch für Menschen lesbar sind, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind oder nicht lesen können, sowie eine barrierefreie Gestaltung von Webseiten und Informationsangeboten

der Stadt. Die Barrierefreiheit im Sinne von baulichen Maßnahmen, insbesondere Bordsteinabsenkungen, wollen wir ausbauen.

In Frankfurt muss es weiterhin genügend preisgünstigen Wohnraum sowohl im Zentrum als auch in den Stadtteilen geben. Auch passende, günstige Wohnungen für Studierende sind wichtig, wenn wir diese in Frankfurt halten wollen. Der endlich beschlossene Mietspiegel muss regelmäßig fortgeschrieben werden. Wir haben in Teilen einen Wohnungsüberhang in Frankfurt und Wohnungsknappheit in Stübice. Hier liegt es auf der Hand, dass eine stärkere Kooperation unserer Zwillingsstädte in diesem Bereich Vorteile für alle bringt. Dazu gibt es bereits erfolgreiche Ansätze durch die Wohnungsunternehmen, die wir unterstützen und ausbauen wollen.

Die Verlegung der Unterkünfte für Wohnungslose nach Seefichten kritisieren wir scharf. Diese Menschen sollen nicht isoliert weit außerhalb des Stadtzentrums leben. Die Unterkunft ist schwer erreichbar, da Wohnungslose kaum Geld für den Bus aufbringen können. Dies kann bspw. im Winter kritisch werden, wenn Wohnungslose die schützende Unterkunft nicht mehr zu Fuß erreichen können. Hier muss dringend eine andere Lösung gefunden werden.

Die Zahl der Arbeitssuchenden in Frankfurt (Oder) ist leider weiterhin hoch. Durch eine zukunftsfähige und nachhaltige Wirtschaftspolitik wollen wir hier eine langfristige Verbesserung erreichen. Unter anderem der gemeinsame europäische Arbeitsmarkt in der nahen Grenzregion bietet dafür Chancen. Weiterqualifizierung von deutschen Arbeitssuchenden, die fit machen auch für den polnischen Arbeitsmarkt – etwa durch Sprachkenntnisse – wollen wir fördern. Außerdem müssen auch selbstorganisierte Strukturen wie die Arbeitsloseninitiative weiterhin unterstützt werden.

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen wir für einen gesetzlichen Mindestlohn, das bedeutet für uns vor Ort die konsequente Einhaltung des Vergabegesetzes und generell existenzsichernde Löhne sowie gute Arbeitsbedingungen und starke Personalvertretungen. Die Vergabepaxis der Stadt muss sich grundsätzlich an sozialen, regionalen, nachhaltigen und Gleichstellungskriterien orientieren, die wir verbindlich entwickeln wollen.

Familienfreundlichkeit ist für uns Grüne ein weiterer wichtiger Baustein für gute Arbeitsbedingungen. Auch wenn wir in Frankfurt vergleichsweise gut dastehen, was den Ausbau von Betreuungskapazitäten angeht, müssen wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch weiter verbessern. Alleinerziehende haben oft Schwierigkeiten, einen Beruf anzunehmen, weil sie die Betreuung mit Schichtarbeitszeiten, z.B. in den Callcentern schwer vereinbaren können. Hier wollen wir Abhilfe schaffen und Initiativen wie das Bündnis für Familie unterstützen, das sich erfolgreich für familienfreundlichere Arbeitsbedingungen in Frankfurter Unternehmen einsetzt.

Gleiche Chancen verwirklichen – Frauen fördern

Eine tatsächliche Gleichberechtigung von Männern und Frauen in der Gesellschaft ist immer noch nicht erreicht. Zwar ist der Frauenanteil in der Verwaltung insgesamt relativ ausgeglichen, schaut man aber genauer hin, zeigt sich, dass Frauen in Leitungspositionen noch immer rar sind: Je höher die Position und das Einkommen, desto weniger Frauen. Auch die Kommunalpolitik wollen wir attraktiver für Frauen gestalten, ein Frauenanteil von 32,6% in der Stadtverordnetenversammlung zeigt, dass diese politische Ebene für Frauen noch häufig unattraktiv ist. Wir wollen Frauen stärker ermutigen, sich aktiv in die

Kommunalpolitik einzubringen und berücksichtigen dies vor allem in unserer Politik und bei der Aufstellung unserer KandidatInnen.

Zudem sind Frauen häufiger von prekärer Beschäftigung betroffen, die nicht für den Lebensunterhalt reicht; sie bekommen durchschnittlich weniger Lohn für gleichwertige Arbeit und werden oftmals in die Hausfrauenrolle zurückgedrängt. Diese Benachteiligungen wollen wir abbauen. Das Prinzip „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ von Frauen und Männern wollen wir konsequent einhalten und dazu einen sogenannten Entgeltcheck für die Stadtverwaltung durchführen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN regen weiterhin an, die Unterzeichnung der Europäischen Charta der Gleichstellung von Männern und Frauen durch die Stadt Frankfurt (Oder) zu prüfen.

In der Verwaltung müssen zeitgemäße gleichstellungspolitische Standards routinemäßig berücksichtigt werden. Hierfür braucht Frankfurt (Oder) einen umfassenden Gleichstellungsplan, der im Landesgleichstellungsgesetz zwar vorgeschrieben ist, bisher aber nicht verabschiedet wurde. Auch die gesetzlich vorgeschriebene regelmäßige Berichterstattung zur Gleichstellung muss die Stadt zukünftig umsetzen. Für Gleichstellungsarbeit müssen ausreichend zeitliche Ressourcen gewährt werden.

Politik und Führungspositionen wollen wir für Frauen attraktiver gestalten und den Frauenanteil in verantwortlichen Positionen erhöhen, indem wir qualifizierte, junge Frauen hier halten und weiterqualifizieren sowie externe Expertinnen gezielt ansprechen.

Überschneidungen von Gleichstellungspolitik mit anderen Dimensionen unserer vielfältigen Gesellschaft – beispielsweise Alter, Herkunft, sexuelle Identität, soziale Situation oder Behinderungen – müssen wir dabei immer mit im Blick haben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für einen Abbau aller Formen von Diskriminierung oder Benachteiligung ein.

Weltoffenes Frankfurt

Ein friedliches Miteinander verschiedener Menschen und Kulturen bereichert unser Leben, ist Ausdruck eines modernen und selbstbewussten städtischen Lebens sowie die Grundlage für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass alle Menschen in Frankfurt gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben und dieses aktiv mitgestalten können.

Dazu gehören die echte Inklusion von Geflüchteten und MigrantInnen sowie eine wirkliche Willkommenskultur. Dafür ist es nötig, kommunale Beratungs-, Betreuungs- und Bildungsangebote auszubauen und diese gemeinsam mit dem Integrationsbeirat, zivilgesellschaftlichen Organisationen und MigrantInnen zu gestalten.

Für Geflüchtete stellt zudem die isolierte Unterbringung in Sammelunterkünften am Rande der Stadt und das nach wie vor bestehende Arbeitsverbot ein großes Inklusionshindernis dar. Damit auch Geflüchtete gleichberechtigt und selbstbestimmt am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können, müssen sie dezentral in Wohnungen im gesamten Stadtgebiet untergebracht werden und Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten.

Diese Ziele wollen wir auf kommunaler Ebene verankern und mit geeigneten Maßnahmen und Zeitschienen unterlegen. Deshalb schließen wir uns den Empfehlungen des Flüchtlingsrates Brandenburg an und werden uns für die Entwicklung kommunaler Aufnahmekonzepte für Asylsuchende einsetzen.

In einer modernen, vielfältigen und toleranten Stadt ist kein Platz für Rassismus und

rechtsradikales Gedankengut. Obwohl es einem breiten gesellschaftlichen Bündnis in der Vergangenheit mehrfach gelungen ist, rechten Aufmärschen in Frankfurt (Oder) entschieden, bunt und kreativ entgegenzutreten, ist die kontinuierliche Arbeit gegen Rassismus und rechte Umtriebe weiterhin nötig. Deshalb begrüßen und unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Arbeit lokaler Initiativen und Bündnisse gegen Rechts. Denn eine aktive und antirassistische Zivilgesellschaft ist das beste Mittel, um Rechtsradikalismus dauerhaft den Nährboden zu entziehen.

Kulturelle Vielfalt sichern – Freiräume schaffen

Kunst und Kultur prägen die Lebensqualität der Menschen in einer Stadt. Frankfurt (Oder) hat ein vielfältiges, reichhaltiges und niveaivolles Kunst- und Kulturangebot. Ermöglicht wird dies durch unterschiedlichste Organisationsformen und ein sehr starkes Engagement von Menschen unserer Stadt sowie die Finanzierung durch Stadt, Land und Bund. Kunst und Kultur darf nicht den Kräften des freien Marktes überlassen werden, sondern stellt einen eigenständigen Wert dar, der gepflegt und in den investiert werden muss. Neben den durch die Stadt vorgehaltenen Kunst- und Kulturangeboten halten wir die Unterstützung der freien Szene für notwendig, denn hier wird Kunst und Kultur nicht nur konsumiert, sondern vor Ort von Bürgerinnen und Bürgern geschaffen, und sie wirkt damit identitätsstiftend für die Menschen unserer Stadt.

Frankfurt (Oder) ist mit 9 Kommunen in 8 Ländern in Städtepartnerschaften verbunden. Umfang und Qualität der Zusammenarbeit sind sehr unterschiedlich und reichen von regelmäßigen Kontakten bis zu sporadischen Begegnungen. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind diese Städtepartnerschaften wichtige Elemente zur Förderung des Austausches zwischen Menschen über Grenzen und Kontinente hinweg. Sie können dazu dienen, internationale Kontakte zu knüpfen und zu vertiefen, Menschen zusammen zu führen und Vorurteile zu überwinden. Wir wollen diese Städtepartnerschaften mit Leben füllen und die Initiativen und Vereine unterstützen, die die Zusammenarbeit tragen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt ein Städtepartnerschaftskonzept entwickelt, das eine nachvollziehbare Grundlage für diese Zusammenarbeit schafft und Ziele der internationalen Zusammenarbeit formuliert. Bei Partnerschaften mit Städten in Ländern, in denen die demokratischen Grundrechte nicht gewahrt werden - wie zum Beispiel in Weißrussland - muss der Austausch mit der Zivilgesellschaft und nicht mit staatlichen Stellen im Mittelpunkt stehen. Wir begrüßen und unterstützen es, wenn sich Frankfurt (Oder) weiterhin aktiv in europäischen Netzwerken, wie z.B. den City Twins engagiert und den Austausch mit anderen Städten in europäischen Projekten sucht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begreifen Kulturförderung und -pflege, sowie kulturelle Bildung als Pflichtaufgabe. Kulturelle Angebote sind ein wichtiger Standortfaktor, der unter anderem dafür ausschlaggebend ist, dass Menschen in unserer Stadt bleiben oder sich in unserer Stadt niederlassen.

Wir haben im Prozess der Kulturentwicklungsplanung intensiv und erfolgreich darum gekämpft, dass das kulturelle Angebot trotz sinkender EinwohnerInnenzahlen erhalten bleibt und die kulturelle Bildung gestärkt wird. Hierbei lagen uns insbesondere die personellen Ressourcen der Bibliothek und der Volkshochschule am Herzen, für deren Erhalt wir uns weiterhin engagieren werden. Die Ausrichtung der Volkshochschule als deutsch-polnische Einrichtung muss durch zweisprachiges Personal gestärkt werden.

Trotzdem ist uns bewusst, dass die Kulturlandschaft unserer Stadt strukturell überdacht

werden muss. Das Nebeneinander eines Regiebetriebes für unser Brandenburgisches Staatsorchester, eines Kultureigenbetriebes und einer kommunalen Kultur-GmbH halten wir nicht für zukunftsfähig. Daher werden wir die Prüfung verschiedener Varianten der Zusammenführung dieser drei Kulturinstitutionen beantragen. Diese Prüfung muss beinhalten, Kooperationen und strukturelle Zusammenarbeit mit den umliegenden Städten, Gemeinden und Landkreisen anzustreben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen sich als UnterstützerInnen der sogenannten freien Kunst- und Kulturszene: eine sich stetig wandelnde Szene aus Vereinen, Initiativen und AkteurInnen, die aus eigener Initiative Kunst- und Kulturereignisse verwirklichen. Die freie Szene soll im Kulturbüro wieder eine professionelle Ansprechperson haben, die sie berät, unterstützt und ihre Interessen vertritt. Die personellen Einschnitte im Kulturbüro waren ein Fehler. Wir setzen uns für eine personelle Verstärkung des Kulturbüros ein, um so die freie Szene aktiv, initiativ und vernetzend zu unterstützen. Das Kulturbüro soll stärker Dienstleisterin für die freie Kunst- und Kulturszene sein, denn gerade auch junge Menschen brauchen Verwirklichungsmöglichkeiten in unserer Stadt, um hier zu bleiben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich in der kommenden Kulturentwicklungsplanung dafür ein, dass für die freie Szene mindestens genauso viele Mittel wie bisher durch die Stadt bereit gestellt werden und durch das Kulturbüro ausgegeben werden können, sodass sie nicht durch Haushaltssperren blockiert werden. Diese Fördersumme darf nicht angetastet werden, sondern wir streben perspektivisch eine Erhöhung an, denn auch in Projekten schlagen sich steigende Betriebs- und Personalkosten nieder, ohne dass dies in den letzten 10 Jahren durch eine Erhöhung des Projektmittelfonds kompensiert wurde. Hier wird Freiraum für Kunst und Kultur allmählich beschnitten, was wir nicht hinnehmen wollen.

Um gemeinnützigen Vereinen die Vorfinanzierung insbesondere von EU-geförderten Projekten zu ermöglichen, kämpfen wir weiterhin für die Gründung einer städtischen Kulturstiftung, die zinslose Darlehen ausgeben kann, welche nach Abrechnung der Projektmittel zurückgezahlt werden.

Außerdem wollen wir, dass der Wirtschaftsplan des Kulturbüros noch im jeweils alten Jahr für das neue Jahr durch die Stadtverordneten beschlossen wird, denn nur so haben das Kulturbüro und die Kunst- und Kulturschaffenden der freien Szene Planungssicherheit und sind handlungsfähig.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern des Weiteren eine bessere Abstimmung von größeren städtischen Kulturereignissen mit den Veranstaltungen der umliegenden Städte und Gemeinden, auch mit der Stadt bzw. dem Kreis Słubice, um künftig Terminüberschneidungen weitestgehend zu vermeiden.

Im Rahmen des Handlungsplanes Frankfurt (Oder)-Słubice setzen wir uns besonders für den Erhalt der deutsch-polnischen Festivals „transvocale“, „Unithea“ und „lAbiRynT“ ein, denn sie werden gemeinsam von leidenschaftlichen AkteurInnen beider Städte geplant und umgesetzt und stärken somit einen gelebten deutsch-polnischen Stadtraum Frankfurt (Oder)-Słubice.

Stadt und Universität verbinden

Frankfurt (Oder) ist einer von drei Universitätsstandorten im Land Brandenburg. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Verankerung der Universität in der Stadt zu stärken, um das Innovationspotenzial der Europa-Universität Viadrina für die Stadt und die Region besser nutzen zu können.

Um WissenschaftlerInnen und Studierende für die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in der Stadt zu begeistern, müssen wir ihnen vermitteln, dass sie in Frankfurt (Oder) sehr willkommen sind. Auch wenn ein Teil der Studierenden täglich nach Berlin pendelt, wohnen viele Studierende in Frankfurt, engagieren sich hier und gestalten die Stadt aktiv und innovativ mit. Deshalb müssen die Stadtverwaltung und andere städtische AkteurInnen bestehende Projekte wie das Verbündungshaus Fforst und die Studierendenmeile aktiv unterstützen und neue Projekte fördern, um nicht ein Nebensondern ein Miteinander zu leben. Denn wenn ForscherInnen und Studierende ihren Lebensmittelpunkt in Frankfurt (Oder) haben, werden sie eher ihre Expertise in städtische Prozesse einbringen. Dass dies für die Konzeption und wissenschaftliche Begleitung von innovativen Projekten der Stadtentwicklung sehr fruchtbar ist, hat sich punktuell schon in der Vergangenheit gezeigt, z.B. in der Kulturentwicklungsplanung.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, den Transfer von Ideen und Know-how aus der Universität in die lokale Wirtschaft zu fördern. Hier sehen wir noch ein großes Potenzial für zukunftsfähige Arbeitsplätze in einer europäischen Doppelstadt.

Gleichzeitig sollte die Universität besser in das städtische Leben integriert werden. Sie soll verstärkt als städtischer Ort wahrgenommen und kann von den BürgerInnen entdeckt werden. Dazu eignet sich auch der neu gestaltete Campus als Ort der Begegnung und für Veranstaltungen.

Um die Zusammenarbeit von Stadt und Universität auf eine neue Stufe zu heben, befürworten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Einsetzung einer oder eines Beauftragten der Stadtverwaltung mit der Aufgabe, die Kooperation zwischen Stadt und Universität mit den entsprechenden Stellen der Universität zu koordinieren und gemeinsame Projekte aktiv zu unterstützen. Begleitend sollte ein Beirat bestehend aus Studierenden, WissenschaftlerInnen und BürgerInnen tätig werden, um diese Kooperationsprojekte stärker in Stadt und Universität zu verankern und bekannt zu machen.

Unsere KandidatInnen

Wahlkreis 1 (Zentrum)

1. Sahra Damus, wissenschaftl. Mitarbeiterin, Gleichstellungsbeauftragte, 32
2. Monika Blankenfeld, Lehrerin, 60
3. Michael Kurzwelly, Künstler, 50
4. Dr. Jan Musekamp, wissenschaftlicher Mitarbeiter, 37

Wahlkreis 2 (Beresinchen)

1. Mario Wienke, Angestellter, 34
2. Ingrid Thiele, Speditionskauffrau, 62 (BI Stadtentwicklung)
3. Sophia Ohlrich, Studentin, 22 (parteilos)
4. Florian Ellinghaus, Dipl. Sozialpädagoge, 42 (parteilos)

Wahlkreis 3, Süd

1. Gerald Held, 57 (BI Stadtentwicklung)
2. Weronika Karbowiak, Doktorandin, 25
3. Dr. Bernhard Kuhn, Rentner, 69

Wahlkreis 4, Nord

1. Angelika Schneider, Angestellte, 61 (BI Stadtentwicklung)
2. Alena Karaschinski, Kulturwissenschaftlerin, 37
3. Dr. Marcus Winter, Arzt, 43
4. Oliver Kossack, wiss. Mitarbeiter, 28

Wahlkreis 5, West

1. Jörg Gleisenstein, Dipl.-Ing. Raumplanung, 41
2. Romana Orthaus, Verwaltungsangestellte, 45 (parteilos)
3. Edyta Michalska-Rokita, Studentin, 25 (parteilos)
4. Maria Ullrich, Studentin, 25 (parteilos)

Frankfurt bewegt uns – wir bewegen Frankfurt!

Deshalb: Am 25.5.2014 mit allen drei Stimmen die KandidatInnen der Listenverbindung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN & BI Stadtentwicklung wählen!

